

schen Willensheros Gandhi als eine Art Engel erschienen. Am Ende seiner Autobiographie spricht er schon in der Vergangenheit und als von einem seltenen Moment über diese Wirklichkeitsvernunft: "Manchmal immerhin waren wir glücklich, die Fülle des Lebens zu erfahren, die aus dem Versuch entsteht, Ideal und Handlung zu verknüpfen."

Nehru sitzt tief in einem felsengroßen, mit grobem Wollstoff bezogenen Sessel, auf dessen abgerundeten, breiten Lehnen seine Hände wie liegengeblieben aussehen. Er lächelt verlegen, als hätte man ihn übervorteilt. An der dunklen Holztafelung des ehemaligen Generalspalastes, in dem er wohnt, hängt hinter ihm ein blaues, konstruktivistisches Gemälde. Ein Messingbuddha und eine abstrakte Skulptur aus schwarzem glänzendem Glas, Photos von Indira und Edwina Mountbatten stehen auf dem Kaminsims. Auf dem Fensterbrett Rosen und dahinter ein Park, der nie zu Ende gehen wird und in dem es dämmt.

HANS-JÜRGEN LANGE **NEU**

# BONN AM DRAHT

POLITISCHE HERRSCHAFT IN DER TECHNISIERTEN DEMOKRATIE

---

Hans-Jürgen Lange  
**BONN AM DRAHT**  
Politische Herrschaft in der technisierten Demokratie  
April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM  
ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

HANS-JOACHIM SCHALEDOTH/RUTH WECKENMANN **NEU**

# STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

NEUE TECHNOLOGIEN ZWISCHEN FORTSCHRITTSERWARTUNG UND GESTALTUNGSAUFRAG

1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM  
ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).

---

HANS-JOACHIM SCHALEDOTH RUTH WECKENMANN **NEU**

# STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

NEUE TECHNOLOGIEN ZWISCHEN FORTSCHRITTSERWARTUNG UND GESTALTUNGSAUFRAG

**SP**  
SP-Verlag  
Schüren-  
hausstr. 31  
D-3550  
Marburg  
☎ 0 64 21/  
6 30 84

Bestellungen  
Direkt beim  
Verlag oder  
in jeder  
guten  
Buchhandlung

# DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

GERMANISCHES  
SEMINAR  
FREIE  
UNIVERSITÄT  
BERLIN

806/86/2020

# 5/88

Mai

Das Chaos ist aufgebraucht.  
Es war die beste Zeit.  
(Bertolt Brecht)

Redaktion:  
Michael Ben, Thomas Neumann  
Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 0211/3613360

Im Prozeß zwischen dem Pharmakonzern Beecham-Wülfig in Neuss und dem Ärzteteam Dr. Bernd Richter u. a. — die »Debatte« 4/88 hat den Fall dokumentiert —, ist in zweiter Instanz ein Urteil ergangen, bei dem der urteilende Richter kein gutes Gefühl gehabt haben kann. Noch vor der Urteilsverkündung hatte er signalisiert, dieser Fall, in dem die 'Gewissensbetätigungsfreiheit' zur Entscheidung steht, sei so bedeutsam, daß er sicherlich bis zur letzten Instanz geführt werden würde. Doch während der Niederschrift seines eigenen, des zweitinstanzlichen Urteils, ereignete sich Unvorhergesehenes. Präsident Kissel vom Bundesarbeitsgericht, das im Fall der Revision zuständig wäre, hatte dem Düsseldorfer Mitarbeiter eine Rechtsvorstellung vor Augen gehalten, derzufolge die Sache eindeutig und das Verfahren schleunigst zu beenden sei. Nun, man kann es sich vorstellen, fing das Gewissen des Düsseldorfer Arbeitsrichters von selbst an, tätig zu werden, die eigene Gewissensbetätigungsfreiheit geriet mit der zur Verhandlung stehenden durcheinander. Und er schrieb das Urteil: "Den Klägern mag zugute gehalten werden, daß sie die Arbeit aus Gewissensgründen abgelehnt haben." Sie hatten es abgelehnt, mit einem Medikament weiter zu experimentieren, das durch radioaktive Bestrahlung ausgelöstes Erbrechen stoppen soll, weil der Konzern als Markt für dieses Medikament die Natosoldaten ausgeguckt hatte, die im nuklearen Krieg sich derartige Schäden kurz vor dem Exitus zuziehen könnten. Aber, fährt der Arbeitsrichter fort, "von den Klägern wird nicht die Identifikation mit einem von ihnen aus medizinisch-ethischen Gründen abgelehnten Standpunkt verlangt. Sie sollten sich nicht mit den verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten des in der Endphase der Entwicklung hergestellten Medikaments identifizieren."

Sein Geheimnis wird es bleiben zu klären, worin der Unterschied zwischen der Erforschung und Erprobung eines Medikaments — das war die Aufgabe des in der klinischen Humanpharmakologie tätigen Teams — und der Identifizierung mit seinen Anwendungsmöglichkeiten besteht. Und er wußte es noch besser: "Ihr Forschungsbeitrag im Rahmen der Gesamtforschung und -entwicklung und möglichen Anwendung ist zu gering und wertneutral. Es fehlt auch die Nähe zu denjenigen Stellen, die über die Anwendung des fertigen Produkts entscheiden", von der Nähe zu den Kunden ganz zu schweigen.

"Gering und wertneutral", derlei blonde und großmütige Löwen kann man einem deutschsprachigen Richter nachsehen, das Recht, nicht die Sprache hat er zu hüten. Doch was die "Nähe zu denjenigen Stellen" angeht, "die über die Anwendung des fertigen Produkts entscheiden", wo und durch wen diese Nähe authentisch vermessen wird, das fragt man ihn besser nicht. Hier kennt sich allein Kissel aus.

Franziska Wiethold

## Ein Herz für Arbeitslose

Vor einem Jahr feierte die Öffentlichkeit den Tarifabschluß zwischen Gesamtmetall und IG-Metall (mit dem die Wochenarbeitszeit bis 1989 auf 37 Stunden verkürzt wurde) als Beispiel für die Stabilität dieses Landes und für die Bereitschaft, vernünftige Kompromisse in beider Interessen abzuschließen. Ein Jahr später hat Lafontaine es geschafft, die seit 1984 durchgesetzten Tarifabschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung als Unsinn zu entlarven. Merkwürdige Koalitionen sind entstanden: diejenigen, die Arbeitszeitverkürzung wieder als dumm und töricht bezeichnen, beziehen sich auf Lafontaine, der wiederum die bisherigen Stufen der Arbeitszeitverkürzung für völlig unzureichend erklärt. Die Deutsche Bank hängt sich an diese *es-muß-alles-anders-werden* -Stimmung dran und fordert, das Normalarbeitsverhältnis und den tariflich abgesicherten Normalverdienst weiter abzubauen. Und von den Jusos wird pseudoradikal die 30-Stunden-Woche, und zwar sofort, gefordert, aber auf Kosten der Beschäftigten; man ist schließlich Realist.

Viele versuchen in diesem Wirrwarr, Lafontaine vor seinen neuen Freunden Wallmann und Christians zu retten, und finden es positiv, daß er mit seinen Vorschlägen immerhin eine öffentliche Diskussion über den Skandal der Massenarbeitslosigkeit in Gang gesetzt habe. Aber das ist ein Irrtum. Lafontaine kann etwas für seine neuen Genossen. Denn der harte Kern seiner Argumentation besteht aus zwei Thesen, in denen Arbeitslosigkeit benutzt wird, um die Beschäftigten an Kapitalinteressen zu binden. Die erste These gehört zur Standardargumentation der SPD und ihres *Modells Deutschland*: *Den Beschäftigten kann es nur gut gehen, wenn es dem Kapital gut geht*. Zweitens: *Wir sind außerdem auf das Kapital angewiesen, weil es so stark ist, daß es bei harten Konflikten zurückschlägt*. — *Da das Kapital aber selber an sozialem Frieden interessiert ist, sind vernünftige Übereinkommen über eine soziale Abfederung wirtschaftlicher Entscheidungen möglich*. Helmut Schmidt hatte auf dieser Grundlage Anfang der 80er Jahre seine Figur *Lohnverzicht - steigende Exportchancen - steigende Gewinne - Investitionen - Arbeitsplätze* entwickelt und damit immerhin noch wirtschaftspolitisch argumentiert: *Arbeitsplätze durch Wachstum, Lohnverzicht als Investition, die sich später bezahlt macht*.

Lafontaine und die heute führenden SPD-Ökonomen verabschieden sich generell von Wachstumsstrategien, damit generell von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und propagieren Arbeitslosenabbau lediglich mittels Arbeitszeitverkürzung, obwohl die Arbeitslosigkeit durch die sinkenden Wachstumsraten und nicht durch einen beschleunigten Anstieg der Arbeitsproduktivität entstanden ist — deren Steigerungsraten sind sogar zurückgegangen — und obwohl trotz allem Gerede von Überflußgesellschaft ein Normalhaushalt immer noch eine Fülle unbefriedigter und vernünftiger Konsumwünsche hat. Ausschließlich über Arbeitszeitverkürzung und ohne Verletzung der Kapitalinteressen Arbeitslosigkeit abzubauen, ist selbst dann unrealistisch (was die Unternehmerverbände intern und das »Handelsblatt« offen nachgewiesen haben), wenn der Lohnverzicht auf alle Tarifbeschäftigten ausgedehnt würde (Beschäftigte ab 5.000,- DM Monateinkommen sind meist außertarifliche Angestellte). Denn bisher konnte keiner erklären, wie man das Kapital, an dessen Gewinne man sich wegen der Machtverhältnisse nicht herantraut, plötzlich zwingen will, die gesparten Lohnkosten in neue Arbeitsplätze zu investieren. Die alleinige Entscheidungsgewalt über Art und Anzahl der Arbeitsplätze ist für das Kapital selbstverständlich ein noch größeres Tabu, als es die 40-Stunden-Woche je war. Eine alte Erfahrung: wenn eine Forderung mangels Macht nicht durchgesetzt werden kann, hat es wenig Zweck, neue Forderungen und Schleichwege zu suchen; das Ergebnis wäre ein Hase- und Igel-Spiel. Da Lafontaine seinen Vorschlag mit dem Duktus *das ist das letzte Mittel, das uns bleibt* vorgetragen hat, sorgt er — gewollt oder nicht — dafür, daß man sich mit der Arbeitslosigkeit endgültig abfindet: Wachstumssteigerung ist ausgeklammert, Umverteilung der Gewinne ist ausgeklammert, und Lohnverzicht bringt nichts. Wallmann und die Deutsche Bank haben recht, ihn zu vereinnahmen.

Diese Behauptung wird einleuchtender und verliert ihren Geruch des *wer hat uns verraten...*, wenn man die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung an der der letzten Jahre mißt. Anfang der 80er Jahre standen sich zwei Linien gegenüber: Kapital und Regierung setzten auf Wachstum über Export und forcierten die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit u.a. über Lohnverzicht. Gewerkschaften und Linke forderten dagegen die Stärkung des Wachstums durch Binnennachfrage, öffentliche Aufträge und eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Der Konjunkturzyklus von 1982 bis 1987 war durch so viele Sonderfaktoren geprägt, daß beide Strategien sich durchsetzen und die Beschäftigtenzahlen etwas gesteigert werden konnten. Die internationale Sondersituation — US-Konjunktur, unterbewertete D-Mark, Exporterfolge; Preisverfall bei Importgütern und damit steigende, nicht von den

bundesdeutschen Unternehmen finanzierte Binnennachfrage — bescherte ein längeres und höheres Wachstum als zunächst vermutet. Zusätzlich konnten die Gewerkschaften ab 1984 in einer Kraftanstrengung (die IG-Metall streikte 8, die IG-Druck und Papier 13 Wochen) Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen durchsetzen, die infolge niedriger Inflationsraten sogar die Realeinkommen und damit die Binnennachfrage steigerten.

Daß nur durch die Kombination einer wirtschaftlichen Sondersituation mit Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze neu geschaffen werden konnten, beweist, daß dieses klassische sozialdemokratische *Modell Deutschland* für die Zukunft ausgedient hat. Die Gewerkschaften werden die Arbeitszeit künftig kaum schneller und drastischer verkürzen können; denn zu dem Kompromiß von 1987 war das Kapital nur bereit, weil die Gewerkschaften im Vorfeld so massiv gegen die drohende kalte Aussperrung mobilisiert hatten (Solidaritätskomitees am Ort, Vorbereitung neuer Arbeitskampfmethoden am Arbeitsplatz), so daß das Kapital trotz des § 116 AFG der Machtprobe aus dem Weg ging. (So schnell ändert sich der Zeitgeist. Vor einigen Monaten noch wären diese Zeilen eine Wiederholung von Gemeinplätzen gewesen, jetzt muß man daran erinnern.) 1990 wird es große Kraft kosten, auch nur den bisherigen Rhythmus bei den nächsten Schritten der Arbeitszeitverkürzung fortzusetzen. Gleichzeitig stagniert das Wirtschaftswachstum; wenn 1 bis 1,5 % Wachstum und die bisher erreichten Exportraten zu halten sind, wäre das ein großer Erfolg; auch das wird mit Arbeitsplatzabbau verbunden sein, weil die Wachstumsraten unter den Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität liegen.

Neu ist, daß Kapital, Regierung und Opposition auf diese Entwicklung nicht mit hektischen Aktivitäten zur Steigerung des Wachstums reagieren. Der Unternehmerpropaganda, die Lohnkosten in der BRD seien im internationalen Vergleich zu hoch — wobei unterschlagen wird, daß die Lohnstückkosten durch die hohe Arbeitsproduktivität relativ niedrig sind, und nur sie sind wichtig —, widersprechen andere Unternehmervertreter, die die *Stabilität und Leistungsfähigkeit dieses Landes* loben. Die Hoffnung, die Kohl-Regierung scheitere an ihren wirtschaftlichen Mißerfolgen und mache einer in der Opposition links gewordenen SPD Platz, ist in doppeltem Sinn geschwunden: weder ist diese Regierung gescheitert, noch ist die SPD links geworden.

Trotz aller Krisenpotentiale und der wirtschaftlichen Stagnation sind die Profite relativ stabil. Die befürchteten Kettenreaktionen durch internationale Krisen (Verschuldungskrise, Währungskrise, Aktiensturz) sind

bisher ausgeblieben. Die deutschen Großbanken haben angeblich 70 % der 'notleidenden Kredite' aus der Dritten Welt abgeschrieben; die deutschen Unternehmen haben den Dollarsturz von 3,50 DM (1985) auf 1,70 DM trotz aller Einbußen halbwegs überstanden. Im Augenblick feiert die Wirtschaftspresse, daß der Aktiensturz vom Oktober 1987 verkraftet ist. Die Strategie des deutschen Kapitals konzentriert sich im Augenblick darauf, weitere Profitreserven zu schaffen, so daß auch eine sinkende Kapazitätsauslastung und weiter sinkende Weltmarktpreise zu verkraften sind. Die Stabilität des nationalen und internationalen Kapitalismus zeigt sich nicht in der Abwesenheit von Krisen, sondern in der Fähigkeit, sie zu begrenzen und abzufangen.

Rudolf Hickel geht in seinem Buch »Ein neuer Typ der Akkumulation« noch weiter. Er vermutet, daß sich die Profitrate, die bisher immer an die Akkumulationsrate gebunden war, mittelfristig verselbständigen kann. Er begründet dies mit dem neuen Typ von Rationalisierungsinvestitionen (vor allem dem EDV-Einsatz), durch den nicht nur Arbeitskraft, sondern auch konstantes Kapital gespart wird. In Schlüsselbranchen steigt zum ersten Mal in der Geschichte der Industrialisierung die Kapitalproduktivität, also die auf das einzelne Stück übertragenen Kapitalkosten (nicht zu verwechseln mit den steigenden Kapitalkosten pro Arbeitsplatz). Diese Art von Rationalisierungsinvestitionen treibt das Kapital nicht mehr in die Klemme des tendenziellen Falls der Profitrate. Sie verschafft ihm — vor allem unter den Bedingungen fehlender Preiskonkurrenz, in deren Folge der sinkende Wert der Waren bei den Preisen nicht weitergegeben werden muß — stabile Profite auch bei geringer Expansion. Wirtschaftspolitisch verlieren damit Rationalisierungsinvestitionen ihre wachstumsfördernde Funktion. Früher führte die Einführung neuer Schlüsseltechnologien (Elektrifizierung, Eisenbahnbau usw.) als autonome, nicht nachfrageinduzierte Investitionen durch ihren quantitativen Umfang auch zu Konjunkturaufschwüngen, da sie über Aufträge und Arbeitsplätze auch Nachfrage schufen. "Die neuen Produktionstechniken verfügen über ein geringeres Maß an eingebauter Expansionskraft... Entscheidend ist, daß diese Produktionstechniken eine Produktionssteigerung bei Rückgang der Erweiterungsinvestitionen erstmals in großem Umfang möglich machen" (Hickel, S.172).

Wenn das Kapital eine realistische Chance hat, Profite mehr durch interne Kostensenkung als durch Wachstum zu erzielen, verliert die sozialdemokratische Politik, über das gemeinsame Interesse am Wachstum Gewinne und Arbeitsplätze zu sichern, den wirtschaftspolitischen Boden. Auch reformistische Konzepte (Stärkung des Wachstums über Binnennachfrage, staatliche Beschäftigungsprogramme, Abschöpfung

nichtinvestierter Gewinne) stoßen auf größere Durchsetzungsschwierigkeiten, da auch sie nicht mehr an die mit geringen Absatzchancen verbundenen Profitprobleme anknüpfen können. So läßt sich erklären, warum die SPD auf Wachstumsstrategien nicht mehr setzt.

Bleibt die Hoffnung, daß dem Kapital der soziale Frieden so viel wert ist, daß betriebliche und soziale Proteste Erfolg haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen zunächst dafür; denn im Gegensatz zu ursprünglichen Vermutungen bemühen sich Unternehmen um 'Akzeptanz' bei den Beschäftigten und versuchen nicht, kollektive Interessenvertretungsstrukturen (Gewerkschaften und Betriebsräte) im großen Stil zu zerstören. Nach wie vor garantieren ihnen funktionierende Betriebsräte und Gewerkschaften auch berechenbare Konfliktlösungen.

Im Augenblick dominiert die Strategie, die Pläne zur Kostensenkung und Gewinnsteigerung als ökonomischen Sachzwang durchzusetzen, aber 'sozialverträglich' zu machen. Auf bestimmte Rationalisierungsstrategien zu verzichten oder sich wegen der Arbeitsplätze mit der zweitbesten Methode der Profitsteigerung zufriedenzugeben, ist bisher nur in den seltensten Fällen trotz aller Mobilisierung erreicht worden. Rheinhausen steht dafür als Beispiel.

Falls das Werk stillgelegt wird (die Entscheidung wird bei Erscheinen des Heftes eventuell gerade gefallen sein), hat das Unternehmen seinen Stilllegungsbeschluß aussitzen können, weil die breite Unterstützung für den Betriebsrat überwiegend moralisch und damit ambivalent gegenüber dem Unternehmensplan, auf der profitabelsten Lösung zu bestehen, geblieben ist. Moralische Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und 'ökonomischer Sachzwang' vertragen sich, wenn Arbeitsplätze 'sozialverträglich' abgebaut werden.

Dazu eine noch unabgesicherte und vielleicht vereinzelte, weil auf wenigen Branchen konzentrierte Beobachtung: In nicht von Arbeitsplatzabbau bedrohten Betrieben im Ruhrgebiet verstärkt sich das Gefühl der Beschäftigten, daß es ihnen im Verhältnis zu den Rheinhausenern noch relativ gut gehe und man mit Forderungen eher zurückhaltend sein sollte. Die überwiegend moralisch gebliebene Betroffenheit über das Schicksal der Stahlarbeiter hat eher Verzichtsbereitschaft als ein antikapitalistisches Bewußtsein gegenüber dem eigenen Unternehmen befördert. Eine fatale Folge des Doppelcharakters von 'Solidarität', was zugleich den Erfolg der Lafontainschen Forderung nach Sozialismus in einer Klasse erklärt. Farthmann von der NRW-SPD konnte deshalb Mitte April den Rheinhausenern bei ihrer letzten Brückenbesetzung vorwerfen, ihnen

ginge es schließlich nicht schlechter als den 2,5 Millionen Arbeitslosen, gemäß der Logik: *Gerecht ist, wenn es allen schlecht geht.*

Die Unternehmen, die nicht stilllegen, sondern ihre gesamte Arbeitsstruktur durchrationalisieren und umorganisieren, versuchen, offene Konflikte mit den Beschäftigten zu vermeiden, die sie noch brauchen. Gerade in dieser sehr komplizierten und störanfälligen Übergangsphase sind die Unternehmen auf loyale Arbeit angewiesen; nur mit Hilfe ihres Fach- und Erfahrungswissens können neue Arbeitsstrukturen geplant, ausprobiert und festgelegt werden. Deshalb können Betriebsräte in dieser Phase mit Hilfe von "Akzeptanzdeals" (so der Betriebsratsvorsitzende von Kodak) Absicherungen z.T. über erzwingbare Rechte hinaus durchsetzen.

Auch nach Umbauphasen bemühen sich Unternehmen zumindest bei einem Teil der Beschäftigten um deren Motivation; der Druck, der von 2,5 Millionen Arbeitslosen ausgeht, scheint nicht auszureichen. Unternehmen wollen der 'inneren Kündigung' (mit der Beschäftigte oft auf dauernden Druck und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten reagieren) mit einer neuen 'Unternehmenskultur' und einer 'corporate identity' (früher hieß das 'Betriebsfamilie') vorbeugen. Diese erneuten Bemühungen um 'die Seele des Arbeiters' (mit diesem Ziel grenzten sich schon in den 20er Jahren Arbeitswissenschaftler von der rein ökonomisch-technischen Menschenführung Taylors ab) bestätigen die neuere industriesoziologische Diskussion, wonach die Einführung flexibler und dezentraler Arbeitsstrukturen neue und nicht unbedingt niedrigere Qualifikationen von den Beschäftigten erfordert.

Die damit verbundene sozialdemokratische Hoffnung, daß die in modernisierten Betrieben benötigten Beschäftigten zu den 'Rationalisierungsgewinnern' (= '2/3-Gesellschaft') gehörten und man sich deshalb auf die soziale Absicherung des Verlierer-Drittels konzentrieren könnte, ist trotzdem falsch. Denn vor allem im Dienstleistungsbereich, aber auch in der Industrie entwickeln Unternehmen eine neue Strategie der Profitsteuerung, durch die die soziale Absicherung der Beschäftigten abgebaut werden soll zwecks Pufferung der jeweiligen Profitsituation.

Die Durchsetzung der zentralen Kontrollen und Planvorgaben wird mit dezentraler Verantwortung für die Umsetzung dieser Profitvorgaben verbunden (die sprachliche Ähnlichkeit mit 'Planwirtschaft' ist nicht zufällig; auf Betriebsversammlungen berichten Vertreter solcher Unternehmen ständig über die vorgegebenen Planzahlen und die jeweilige Abweichung des Ist vom Soll). Durch diese 'profit-center'-Methode

werden alle Betriebsteile verpflichtet, produktiv zu arbeiten und ihre Produktivität ständig zu steigern. Große Unternehmen unterteilen ihre Arbeitsbereiche in möglichst kleine Einheiten, denen über Systeme der Betriebsdatenerfassung alle dort erwirtschafteten Gewinne und Kosten zugerechnet werden. Es wird die Fiktion aufgebaut, diese Betriebsteile seien selbständig und träten untereinander in Marktbeziehungen bzw. in Konkurrenz. Diese Scheinbetriebe bekommen gleichzeitig von der Zentrale Planzahlen über den erwarteten Gewinn vorgegeben; ihre Selbständigkeit beschränkt sich auf Spielräume bei der Umsetzung dieser Planvorgaben. Da die Vorgaben durch Vergleich zwischen Betriebsteilen er-mittelt worden sind ('Hitlisten'), ist der ständige Druck zur Gewinnerhöhung eingebaut.

Großunternehmen versuchen so, die Dynamik des Konkurrenzkapitalismus und die Arbeitsidentifikation kleiner Selbständiger künstlich zu verbinden. Die Beschaffenheit und mit zentraler Planung und Kontrolle zu verbinden. Die Beschäftigten bzw. Verantwortlichen sollen sich wie Unternehmer verhalten und *ihren Arbeitsplatz selbst verdienen* (ein Jargon aus dem Versicherungs-Außendienst, der nur durch Provisionen bezahlt wird). Die höhere Identifikation soll nicht wie bisher durch Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien erkaufte werden (was bisher durch Arbeitsplatz- und Unternehmenssteuerungsmethoden nötig war); die Puffer zwischen der Produktivität des Einzelnen und seiner materiellen Absicherung sollen abgebaut werden. Arbeitsplatz und Einkommen sind nur solange gesichert, wie die Beschäftigten 'profit-center' sind. Dies Konzept baut die bisherige Trennung zwischen Stamm- und Randbelegschaft ab.

Es bleibt abzuwarten, mit welchem Erfolg und in welcher Reinheit dieses Konzept durchgesetzt wird. Es ist auch offen, welche Bedeutung kollektive Absicherungen haben werden. Einige Unternehmensstrategen streben offensichtlich eine Mischung von kollektiver Grundsicherung (Mindersteinkommen) und darauf aufbauenden, individuell zu verdienenden Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten an. Dies entspräche dem von Biedenkopf und anderen vertretenen Modell staatlicher Grundsicherung und privater Zusatzversorgung in der Sozialversicherung.

Da sich Unternehmen mit diesen Strategien einer dauerhaften kollektiven Absicherung ihrer Beschäftigten entledigen und sie direkt zu Trägern des 'ökonomischen Sachzwangs' und des Unternehmerrisikos machen wollen, bleibt wenig Hoffnung, daß man noch lange auf die "antagonistische Kooperation" (Peter Glotz) mit dem Kapital setzen kann, nur weil unqualifizierte Tagelöhner auch künftig im Betrieb nicht gebraucht werden.

Also wieder zurück zu der früher üblichen Hoffnung, daß die Gewerkschaften sich in dem Maße nach links entwickeln, in dem ihre Differenzen zur SPD wachsen und betriebliche Sozialpartnerschaft aufgekündigt wird? Ein Teil der Gewerkschaftsfunktionäre wird sich dadurch politisieren. Aber was kann eine 'autonome' Gewerkschaftspolitik mit ihren Mitteln der Betriebs- und Tarifpolitik verhindern, wenn z.B. bestimmte Branchen aufgegeben und Sozialleistungen als Folgen staatlicher Wirtschaftspolitik abgebaut werden? Das Wirtschafts- und Sozialsystem in der BRD ist in einem Maße staatlich bzw. korporativ reguliert (entgegen der marktradikalen Ideologie gibt es kaum eine relevante Branche, die sich streng marktwirtschaftlich reguliert; die Konservativen haben auch nicht vor, diesen real existierenden Stamokap abzubauen), daß eine Gewerkschaft, die noch nicht einmal in der politischen Opposition Bündnispartner hat, ziemlich verloren ist.

Wenn die Perspektive über Abwehrkämpfe hinausgehen soll, bleibt nicht viel als die kühle Aussicht, weniger opportunistisch auf kurzfristig und überwiegend moralisch angelegte Bewegungen oder auf sozialpartnerschaftliche Hoffnungen zu setzen. Eine Alternative dazu muß neu entwickelt werden. Denn daß die klassischen Sozialismusbilder verbraucht und durch den real existierenden Sozialismus negativ besetzt sind, war schon länger eine Problem; jetzt sagen es auch die KPdSU-Führer offen. Dazu ein Diskussionsvorschlag: Wie realistisch sind Sozialismusperspektiven, solange der Kapitalismus produktiv und lebensfähig ist und die Produktionsverhältnisse der Produktivkraftentwicklung noch Spielräume lassen? Wie realistisch sind Sozialismusperspektiven in einem exportorientierten Land innerhalb eines politisch und ökonomisch eng verflochtenen Weltmarktes? Wie realistisch sind Sozialismusperspektiven mit einer Arbeiterklasse, die mehr als ihre Ketten zu verlieren hat und die über eine Fülle von Konfliktregulierungsmechanismen eingebunden ist? Bisher ließ sich aus dem Kampf ums Teewasser nicht der um den Staat entwickeln.

*Hermann L. Gremliza: Werter Genosse Honecker, wenn Sie den Satz aus Ihrem Referat, das Sie anlässlich der Beratung des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen gehalten haben, in aller Ruhe noch einmal lesen: "Unter der Decke, die oft künstlich geglättet wird, entwickeln sich aus Krisenerscheinungen geradezu eruptiv Konflikte, die sich in Klassen- und Massenkämpfen entladen..." — fällt Ihnen dann irgend etwas auf? Nein? Nichts? Aber schon gar nichts? Sehen Sie, das freut mich.*

Ben's

## HistoMat

Mitternachtszeitung für gebildete Leser

Robert Musil: Und in der Tat darf man wohl sagen, daß sich die unerwarteten Einfälle durch nichts anderes einstellen, als daß man sie erwartet... (vornehmlich für Hans Platschek, der noch nach einer sinnvollen Verwendung der Floskel "in der Tat" fahndet).

Der Schmock:

Als Bonmot mit einem Bart wie ein Fusack hat sich herumgesprochen: Wer jung ist und kein Kommunist, hat kein Herz, wer alt ist und immer noch Kommunist, hat keinen Verstand. Nun hat sich ein Berufener in den Keller an die Bartwickelmaschine gesetzt, Johannes Gross: "Wie ein Bonmot verfertigt wird: Ein guter Freund teilt amüsiert die Bemerkung eines Franzosen als ein Bonmot mit: Wer eine Millionärin kennenlernt und sich nicht sogleich in sie verliebt, ist lebensuntüchtig. Nein, denke ich, ein Bonmot wird daraus, wenn man sagt: Wer eine reiche Erbin kennenlernt und sich nicht gleich in sie verliebt, der hat kein Herz." — Ein Bonmot, denke ich, ist es geworden, aber was nützt ohne Verstand und ohne Herz ein gehobenes Sozialversicherungsglied?

Stumpfsinnlich

Aber es gibt eine Bibel zum Mitnehmen und Softporno gegen TV-Gebühr in jedem besseren Hotelzimmer.

\*

Dollarplanung:

Aus der »Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen« (6/87) — der Titel ist nicht von Hasek —: "Lieber Herr Muthesius, wer einmal längere Zeit in New York verbracht hat, wird als wichtigsten Charakterzug der Amerikaner ihre Ungeduld bezeichnen. Nun sind aber die US-Institutionen außerordentlich schwerfällig, was zum Teil auch aus der Größe des Landes resultiert. Während die Finanzleute erwarten, daß ein niedrigerer Dollarkurs sofort die Einfuhr eindämme und die Ausfuhr erhöhe, bleiben die Gewohnheiten der Importeure wie der Exporteure zunächst unverändert. Wer einen Mercedes-Benz bestellt hat, der schaltet nicht sofort, wenn sein Preis steigt, auf einen Cadillac um, sondern versucht, den teuer gewordenen Prestige-Wagen durch eine Erhöhung seines Kredits zu finanzieren. Das gelingt um so leichter, als die Kreditzinsen inzwi-